

Dringlichkeitsantrag "Resolution der Stadtgemeinde Gänserndorf zur Verhinderung der humanitären Katastrophe auf Lesbos"

An

Stadtgemeinde Gänserndorf

Rathausplatz 1

2230 Gänserndorf

z.H. Herr Bürgermeister René Lobner

Dringlichkeitsantrag

betreffend "Resolution der Stadtgemeinde Gänserndorf zur Verhinderung der humanitären Katastrophe auf Lesbos"

Die Unterzeichnenden stellen gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 folgenden Dringlichkeitsantrag und beantragen seine Behandlung in der Gemeinderatssitzung vom 16.12.2020

Begründung der Dringlichkeit:

Die aus den Medien bekannte, katastrophale Lage der Menschen auf der griechischen Insel Lesbos erfordert die aktive Mithilfe aller europäischen Länder im Rahmen der elementaren Beistandspflicht zwischen den Ländern der Europäischen Union.

Diese Mithilfe kann nicht allein von Regierungen und staatlichen Organisationen erbracht werden, sondern benötigt die Beteiligung von Freiwilligenorganisationen, Ländern, Gemeinden und BürgerInnen.

Einfach zu schweigen und so zu tun als ginge uns das Alles nichts an, ist keine Option.

Auch die Stadtgemeinde Gänserndorf ist als Körperschaft dazu aufgerufen, ihre Position in dieser Frage zu finden.

Die Dringlichkeit ergibt sich evident aus der Tatsache, dass die Menschen dort größtenteils in nicht-winterfesten Quartieren untergebracht sind und wegen unzureichender Sicherheitsmaßnahmen, schlechter hygienischer Standards und der unzureichenden medizinischen Versorgung, um ihre psychische und physische Gesundheit bangen müssen.

Kinder, die Nachts von Ratten gebissen werden und Babys, die auf nassen Steinböden schlafen müssen, sind nur Beispiele der Grausamkeiten, die von Rettungsorganisationen wie "Ärzte ohne Grenzen" berichtet werden.

Der Antrag lautet:

„Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gänserndorf möge untenstehende Resolution beschließen und der NÖ Landesregierung und der österreichischen Bundesregierung zur Kenntnis bringen.“

Resolution des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf zur Hilfe für Menschen auf Lesbos

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gänserndorf ist betroffen von der aktuellen Lage der Asylsuchenden und der Bevölkerung auf der griechischen Insel Lesbos nach der Brandkatastrophe im Lager Moria und bietet

– im Rahmen seiner Möglichkeiten und verfügbarer Mittel –

der österreichischen Bundesregierung seine Mithilfe und Unterstützung bei Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation an.

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gänserndorf tritt insbesondere dafür ein, dass der Staat Österreich sich solidarisch mit den zur aktiven Hilfe bereiten Staaten der Europäischen Union zeigt und seine Bereitschaft erklärt, einen der Größe und Leistungsfähigkeit des Landes entsprechenden Beitrag zu leisten.

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gänserndorf ist sich der Dilemma und der Sensibilität beim Thema „Aufnahme, Verteilung und Integration von Flüchtlingen“ bewusst.

Bei allen Schwierigkeiten, hier eindeutige Antworten und Lösungen zu finden, sollte sich der österreichische Staat den gemeinschaftlichen Anstrengungen europäischer Staaten nicht prinzipiell verweigern und dazu bereit sein, eine für Österreich verträgliche Anzahl Hilfesuchender aufzunehmen.

Gänserndorf, 16.12.2020